

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 16.07.2003
	Schriftführerin Barbara Hieronymi
	Telefon-Nr. 02202/14467
Niederschrift	
Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, 3. Juni 2003
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 20:25 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite 4
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 25.02.2003- öffentlicher Teil -**
Seite 4
- 3. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite 4
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
Seite 4
- 5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.02.2003 - ö.T. -**
269/2003 Seite 5
- 6. Präsentation einer Arbeit des Gymnasiums Herkenrath**
291/2003 Seite 5

7. **Zusammenlegung der Kath. Grundschule Buchmühle und der Ev. Grundschule Am Broich**
259/2003 Seite 5
8. **Erhöhung der Elternanteile nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz**
255/2003 Seite 5
9. **Erhöhung des Elternanteils für den Erwerb eines Schülertickets**
254/2003 Seite 5
10. **Erlaß von Richtlinien zur Bewirtschaftung der Schulbudgets**
275/2003 Seite 6
11. **Sozialpädagogische Fachkräfte an Hauptschulen im Rheinisch-Bergischen Kreis**
258/2003 Seite 6
12. **Schul- und Vereinssport im Hans – Zanders - Bad und dem Schulschwimmbad Mohnweg**
257/2003 Seite 7
13. **Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach**
283/2003 Seite 7
14. **Jahres- und Lagebericht 2002 VHS**
267/2003 Seite 10
15. **Entgelte für die VHS - Veranstaltungen im Herbstsemester 2003**
271/2003 Seite 11
16. **Jahres- und Lagebericht 2002 der Stadtbücherei**
265/2003 Seite 11
17. **Erhöhung der Ausleihgebühren für die Geräte der Bildstelle ab 01.07.2003**
273/2003 Seite 12
18. **Jahres- und Lagebericht 2002 der städt. Kultureinrichtung "Haus der Musik"**
264/2003 Seite 12
19. **Jahres- und Lagebericht 2002 des Stadtarchivs**
266/2003 Seite 12
20. **Jahres- und Lagebericht 2002 der städt. Einrichtung Kunst- und Kulturbesitz**
263/2003 Seite 13
21. **Sonderförderung Kultur: Bergische Literaturwochen**
272/2003 Seite 13
22. **Zuschuss für die kirchlichen Büchereien**
276/2003 Seite 14
23. **Trägerschaft der Bürgerzentren**

270/2003 Seite 14

24. Theaterbericht 2002 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

261/2003 Seite 15

25. Ergebnisse aus den erteilten Prüfaufträgen der CDU-Fraktion in der Sitzung ABKSS vom 25.02.203

289/2003 Seite 15

26. Anträge der Fraktionen

Seite 15

27. Anfragen der Ausschussmitglieder

Seite 15

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
Seite 17
- 2. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite 17
- 3. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
Seite 17
- 4. Anträge der Fraktionen**
Seite 17
- 5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.02.2003**
268/2003 Seite 17
- 6. Besetzung von Schulleiterstellen**
262/2003 Seite 17
- 7. Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite 17

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Mit Einverständnis der Ausschussmitglieder wird *TOP 6 Präsentation einer Arbeit des Gymnasiums Herkenrath* vor den Beginn der eigentlichen Sitzung vorgezogen (Protokollierung s. unter TOP 6).

Nachdem die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Herkenrath ihr preisgekrönte Arbeit über die Planung des Gewerbegebietes Spitze vorgestellt haben, eröffnet Herr Dr. Mieke um 17.20 offiziell die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder fest (s. Anwesenheitsliste).

Mit Einverständnis der Ausschussmitglieder wird sodann *TOP A 13 Lebenssituationen von Familien in Bergisch Gladbach* vorgezogen (Protokollierung s. unter TOP A 13).

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Frau Böhrs bittet um Ergänzung des Protokolls unter TOP A 12 *Haushalt 2003 für den Bereich Bildung und Kultur*: sie habe einen Appell an alle Parteien gerichtet, gemeinsam die in dieser Vorlage genannten kulturpolitischen Ziele mitzutragen.

Die Niederschrift wird mit dieser Ergänzung **einstimmig** genehmigt.

3 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Dr. Mieke, lädt alle Ausschussmitglieder zur öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema „Offene Ganztagschule“ am 21.07.2003 um 17.00 Uhr im Ratssaal Bensberg ein.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin macht keine Mitteilungen.

5 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.02.2003 - ö.T. -**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6 **Präsentation einer Arbeit des Gymnasiums Herkenrath**

Die Schülerdelegation des Gymnasiums Herkenrath stellt die preisgekrönte Projektarbeit vor, in der es um das Für und Wider zum (ehemals) geplanten Gewerbegebiet Spitze zwischen Herkenrath und Dürscheid geht.

Die zwanzigminütige Präsentation wird lobend zur Kenntnis genommen. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten als Anerkennung ein Geschenk.

7 **Zusammenlegung der Kath. Grundschule Buchmühle und der Ev. Grundschule Am Broich**

Auf Anfrage von Herrn Dehler nennt Herr Pütz das genaue Abstimmungsergebnis: Von 400 abstimmungsberechtigten Eltern haben 87 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht; davon stimmten 82 für eine Gemeinschaftsgrundschule, 3 für eine katholische und 2 für eine evangelische Grundschule.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgende Beschlüsse:

1. Der Rat stimmt der Zusammenlegung der früheren Katholischen Grundschule Buchmühle und der früheren Evangelischen Grundschule Am Broich zu.

2. Die Stadt Bergisch Gladbach errichtet am Standort „Am Broich 8, 51465 Bergisch Gladbach“ eine Gemeinschaftsgrundschule. Die Schule führt den Namen „Städtischen Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde“.

8 **Erhöhung der Elternanteile nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz**

Der Bericht wird inhaltlich zustimmend zur Kenntnis genommen. Frau Böhrs kritisiert allerdings, dass die Verwaltung der Politik die Entscheidung vorgebe. Die Verwaltung begründet dies damit, dass das Haushaltssicherungskonzept keinen Raum für eine Satzung und damit für einen alternativen Beschlussvorschlag lasse.

9 **Erhöhung des Elternanteils für den Erwerb eines Schülertickets**

Frau Scheerer bemängelt, dass die unterschiedlichen Regelungen an den Schulen zu Ungerechtigkeiten bei der finanziellen Belastung der Eltern führen.

Für die CDU-Fraktion stimmt Herr Dehler der Erhöhung des Elternanteils zu und schlägt vor, die Überschüsse für die Aufnahme weiterer Schulen ins Solidarmodell zu

verwenden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Eltern über die Erhöhung des Elternanteils zu informieren und dem Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft zu empfehlen, den Anregungen dieses Ausschusses zu folgen.

Herr Schütz hofft, dass möglichst alle Schulleitungen von dem Solidarmodell überzeugt werden können, da sich dieses Modell, das wesentlich von seiner Fraktion KIDitiative entwickelt worden sei, bewähre. Die Anschubfinanzierung habe sich daher gelohnt.

Auch die Verwaltung (Herr Pütz, Herr Dr. Speer) empfiehlt das Solidarmodell. Laut Info der Stadtverkehrsgesellschaft ergebe sich bei größerem Elternanteil ab dem kommenden Halbjahr ein Überschuss, der die Aufnahme einer weiteren Schule ermögliche; darüber werde verhandelt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10 Erlaß von Richtlinien zur Bewirtschaftung der Schulbudgets

Dr. Speer erläutert, dass die Grundidee „Selbständige Schule“ hinter diesen Richtlinien stehen, weil den Schulen mehr Eigenständigkeit und Verantwortung durch die Budgetierung eingeräumt werde. Die Schulverwaltung könne mit Hilfe einer Software die Kassengeschäfte überprüfen (Controlling). Verantwortlich sei der/die Schulleiter/in. Dieses Modell soll zunächst für ein Jahr erprobt werden. Er schlägt vor, die Richtlinien unter Punkt 11 „Sicherheit“ wie folgt zu ändern: der 1. Satz „Scheckvordrucke [...] schützen“ wird durch folgenden Satz ersetzt: „Die Belege und sonstigen Unterlagen sind in verschlossenen Räumen und zweifach verschlossenen Behältnissen aufzubewahren“.

Frau Koshofer wertet für die FDP-Fraktion die Richtlinien als den richtigen Weg.

Herr Dr. Mieke sieht die Vorteile der Budgetierung vor allem in der gegenseitigen Deckungsfähigkeit und Fortschreibungsmöglichkeit ins nächste Haushaltsjahr.

Auch die CDU-Fraktion stimme den Richtlinien zu, erklärt Herr Dehler, obwohl die Mittel aus der Schulpauschale für Bausanierung und Medien knapp bemessen seien. Die Sonderschulen müssten allerdings wegen ihrer umfangreichen Gutachten und Tests besonders berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Lehr- und Lernmittel sei die Auszahlung der Mittel in einer Rate erforderlich.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die als Anlage beigefügten „Richtlinien zur Bewirtschaftung der Schulbudgets“.

11 Sozialpädagogische Fachkräfte an Hauptschulen im Rheinisch-Bergischen Kreis

Auf Nachfrage von Frau Böhrs erläutert Herr Dehler, dass im Fall der Sonderschulen im Gegensatz zu den übrigen Schulformen die Stadt und die Caritas die Sozialpädagogen einstellen. Inzwischen sehe jedoch auch das Land die Notwendigkeit, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter bei hohem Ausländeranteil und in sozialen Brennpunkten einzusetzen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12 Schul- und Vereinssport im Hans-Zanders-Bad und dem Schulschwimmbad

Mohnweg

Herr Dehler berichtet, dass sich ein Förderverein zum Erhalt des Lehrschwimmbeckens Am Mohnweg, das auch von der Waldorfschule gegen Entgelt genutzt werde, gebildet habe. Ebenso, ergänzt Herr Neu, habe der Schwimmverein in einem Schreiben an die Bädergesellschaft eine mögliche Beteiligung am Hans-Zanders-Bad signalisiert.

Mitarbeiter seines Fachbereiches nehmen an einer Tagung des Netzwerkes NRW über „Schwimmbäder in der Bewirtschaftung von Sportvereinen“ teil, erläutert Herr Dr. Speer.

Herr Heimann kritisiert die Parallelbelegung des Hallenbades Stadtmitte durch zwei Schulklassen: dies sei angesichts der großen Klassen zuviel.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13 Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach

Herr Hastrich erläutert noch einmal kurz den Auftrag und das Ziel des Familienberichts, der auf Anlass eines SPD-Antrags in der Sitzung des Hauptausschusses vom 09.07.2002 erstellt wurde und nun den Fachausschüssen und anschließend den Kirchen, Jugendverbänden und dem Senioren- und Ausländerbeirat zwecks Diskussion, Stellungnahme und Anregungen vorgelegt werde. Der Hauptausschuss werde sodann das weitere Verfahren beschließen.

Er weist darauf hin, dass bisher nur solche Daten zusammengetragen wurden, die ohne zusätzliche Datenerhebungen zur Verfügung standen. Die in dem Bericht dargestellte Bevölkerungsprognose wurde vom Landesamt für Statistik erstellt. Vom Bundes- und Landestrend weiche die Entwicklung in Bergisch Gladbach insbesondere durch den Zuzug junger Familien in die ausgewiesenen Neubaugebiete ab. Der Zuzug von Familien mit Kindern führe dazu, dass die Jahrgänge in den Kindertagesstätten und Schulen seit einigen Jahren relativ stabil seien. So könne man davon ausgehen, dass der Schülerknick eher langsamer als im gesamten Bundesgebiet zu erwarten sei. Eine familienbezogene Aussage zur Arbeitslosigkeit sei aufgrund fehlender Statistiken ebenso wenig möglich wie zuverlässige Angaben über die Mietverhältnisse von Familien. Um genauer planen zu können, müssten für Bergisch Gladbach einige Daten neu erhoben werden.

In der anschließenden Diskussion, in der der Bericht in allen Fraktionen Anerkennung findet, geht es um die Situation junger Familien, der wachsenden Anzahl berufstätiger junger Frauen mit Betreuungsmöglichkeiten ihrer Kinder, um ein ausreichendes Wohnungsangebot, um die Ausländerproblematik und um die Situation alter Menschen.

Herr Kleine stellte folgende Fragen:

- Gibt es Überlegungen, wie die Stadt seniorenfreundlicher werden kann? Wird der Seniorenbeirat in die Überlegungen mit einbezogen?
- Gibt es eine Projekt- bzw. Lenkungsgruppe, die die Belange ausländischer Schüler und Schülerinnen berücksichtigt und Vorschläge macht, wie der ständig sinkende Anteil dieser Jugendlichen an Gymnasien gestoppt werden kann?
- Gibt es einen Zeitplan, bis wann die im Bericht dargestellten Planungsziele z.B.

bei den Krippen- und Hortplätzen erreicht werden soll? Ist das Planungsziel angesichts der knappen Haushaltsmittel überhaupt zu erreichen?

Herr Dehler bezweifelt, dass das Ziel, für 40 % aller Grundschüler ein Betreuungs- und Förderangebot anzubieten, mit dem Konzept der „Offenen Ganztagschule“ zu erreichen sei. Dieses Konzept sehe eine Verschiebung bisheriger Angebote vor. So sollen z.B. Horte nicht mehr bezuschusst werden. Er weist auf den Trend hin, dass junge Familien ins Umland abwandern, da dort das Bauland billiger sei, sodass der augenblickliche Generationenmix gefährdet sein könnte. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in Bergisch Gladbach sei bis 2006 steigend, dann fallend, bei einem insgesamt steigenden Anteil ausländischer Kinder an Haupt- und Sonderschulen. Deshalb sei der Einsatz von Sozialpädagogen an diesen Schulformen besonders wichtig.

Herr Schneeloch weist auf die Zunahme älterer Menschen hin. Dies erfordere u.a. den Ausbau seniorengerechter Wohnungen. - Er fragt, ob angesichts der permanenten Kürzungen des Haushalts das bisherige Leistungsangebot im sozialen Bereich erhalten werden könne. Als Grundlage für weitere Planungen schlägt er vor, eine Liste von Indikatoren aufzustellen, die überprüfbar machen, ob und wie familienfreundlich eine Stadt sei.

Frau Scheerer regt an, eine Übersicht über den Zustand der Bolzplätze zu erstellen und in Siedlungsgebieten Patenschaften zu suchen, die sich um die Pflege dieser Bolzplätze kümmern.

Frau Dr. Weil betont, dass zu einer familienfreundlichen Stadt auch ein ausreichendes und bezahlbares kulturelles Angebot wichtig sei, wie z.B. museumspädagogische Angebote, eine Musikschule, eine Bücherei und eine Volkshochschule.

Herr Zanders erkundigt sich, ob es eine Studie gebe, die die Zunahme ausländischer Familien in Bergisch Gladbach, die damit verbundenen Probleme, Lösungsansätze und Zukunftsperspektiven untersucht habe. Schon jetzt sei absehbar, dass sich in 10 – 20 Jahren die Bevölkerungsstruktur sehr ändern werde und dass auf diese Herausforderung politische Antworten gefunden werden müssen.

Frau Koshofer sieht in dem Bericht eine gute Basis für die Arbeit auch in diesem Fachausschuss. Es sei wichtig, die Familie in den zentralen Blickpunkt aller Planungen zu stellen.

Für Herrn Schütz bedeutet die Schaffung einer kinderfreundlichen Stadt Zukunftssicherung. Um dies zu erreichen, müssten besonders die Bedürfnisse junger Frauen berücksichtigt werden, damit noch ausreichend Kinder geboren werden. Diese bräuchten Betreuungsangebote für ihre Kinder, um Beruf, Haushalt und Familie miteinander vereinbaren zu können. Die Rahmenbedingungen für junge Familien insgesamt müssten verbessert werden, damit mehr junge Leute und Familien in Bergisch Gladbach leben wollen und so der Vergreisung entgegen gewirkt werde. In den europäischen Staaten, die ein besseres Angebot vorhielten, sei auch die Geburtenrate deutlich höher.

Herr Hastrich nimmt zu den Fragen und Anregungen Stellung:

zur Wohnungsproblematik

Im Planungsausschuss werde man versuchen, den Anforderungen Rechnung zu tragen. Als Planungsgrundlage müssten die notwendigen spezifischen Daten von Bergisch Gladbach erhoben werden.

zu den Bolzplätzen

Es werden regelmäßig Kontrollen durch „Stadtgrün“ durchgeführt. Auch konnten bereits Patenschaften für verschiedene Bolzplätze eingerichtet werden, die jedoch nicht immer den gewünschten Erfolg haben. Das Beschäftigungsprojekt „Radwerk“ habe aber z.B. die Pflege eines Spielplatzes als Aufgabe übernommen.

zur Kinderbetreuung/Jugendhilfeplanung

Herr Hastrich weist darauf hin, dass die Quote für Angebote zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen über dem Landesdurchschnitt liege und damit vorbildlich sei. Angesichts der finanziellen Lage der Stadt werde es schwierig werden, das bisherige Angebot abzusichern oder gar zu erhöhen. In den nächsten Monaten müsse eine politische Verständigung gefunden werden, was notwendig und machbar sei und wie der Umbau der Betreuungsangebote geschehen solle.

Es sei noch offen, wie man mit dem Erlass des Landes NRW, der von einer 25%igen Versorgung an Betreuungsangeboten für Grundschulkinder ausgehe, umgehen werde. Nach fachlicher Einschätzung sei die Betreuung, wie dieser Erlass sie vorsehe, unbefriedigend, da er auf dem Niveau des Betreuungsprojekts „Schule von 8.00 – 13.00 Uhr“ liege. Zwar werden dadurch viele Kinder versorgt, aber eine spezielle Förderung und Differenzierung, wie dies durch Horte oder Modelle wie „Schülertreff“ möglich sei, sei dann nicht mehr möglich.

Die Jugendhilfeplanung habe seinerzeit auf Zeitziele verzichtet, bis wann eine 40%ige Versorgung erreicht werden könne. Die Verwaltung habe dazu durchaus Vorstellungen und dezidierte Vorschläge, die allerdings einen Umbau des Systems und die Sicherung des bisherigen Finanzrahmens voraussetze.

zur Seniorenarbeit

Der Fachbereich sei bemüht, das Begegnungsangebot für Senioren stabil zu halten. Im Juli werde dieser Bericht auch im Seniorenbeirat beraten.

zur Situation ausländischer Familien

Eine Untersuchung (Datenerhebung) zur gegenwärtigen Situation ausländischer Familien, Jugendlichen und Senioren in Bergisch Gladbach gebe es genauso wenig wie Prognosen für die kommenden 20 Jahre.

Der Erwerb der deutschen Sprache werde als wesentliche Voraussetzung für den späteren Schulerfolg, für bessere Berufschancen und für die Integration in Deutschland angesehen. Wichtig sei auch, im elterlichen Umfeld die Zweisprachigkeit zu erreichen: beide Sprachen, sowohl die Muttersprache als auch das Deutsche, sollten korrekt erlernt werden. Eine Mischung habe sich als bildungshemmend erwiesen. Daher komme der Sprachförderung eine Schlüsselrolle zu: das entsprechende Programm der Landesregierung werde weiter ausgebaut, um schon im Kindergarten einzusetzen und beim Übergang von Kindertageseinrichtungen zur Grundschule weitergeführt zu werden. Es werde auch versucht, Eltern begleitend Kurse zum Erwerb der deutschen Sprache anzubieten.

Indikatoren für eine familienfreundliche Stadt

Wie für den Wettbewerb „Familienfreundlicher Betrieb“ könnte auf Wunsch auch ein Kriterienkatalog für die „Familienfreundliche Stadt/Kommune“ entwickelt werden.

Herr Dr. Mieke betont, dass die SPD-Fraktion die Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich nicht zu verantworten habe und nennt zusammenfassend die aus Sicht dieses Ausschusses wichtigsten Aufgaben für die Zukunft in Bezug auf die Lebenssituation von Familien in Bergisch Gladbach:

- Schaffung von Angeboten für die wachsende Zahl berufstätiger junger Mütter zur Betreuung ihrer Kinder
- Erhalt städtischer Angebote für junge Familien
- familien- und seniorengerechter Wohnungsbau
- Integrationsangebote für ausländischer Familien
- Erstellung eines Kriterienkatalogs bzw. Definition von Indikatoren für die „Familienfreundliche Stadt“.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

14 Jahres- und Lagebericht 2002 VHS

Herr Ludwig erläutert die schwierige Lage der VHS vor dem Hintergrund der Bildungsmisere: Noch liege die VHS mit ihrer Professionalität und positiven Finanzdaten an der Spitze der Volkshochschulen in NRW.

Noch seien im Augenblick keine Defizite erkennbar, da Finanzmittel aus der Gewinnrücklage entnommen wurden, die demnächst fehlen werden. Bisher zugesagte Landesmittel werden in 2003 und 2004 um je 5 % = insges. 40.000 € gekürzt und im Etat der VHS fehlen. Das Land wolle zukünftig weder die kulturelle Bildung noch das Nachholen von Schulabschlüssen finanzieren und die Zuschüsse für die Integration von Migranten erheblich reduzieren. Die Planbarkeit von Bildungsprozessen sei in Frage gestellt. Er appelliert an die einflussreichen Mitglieder des Ausschusses, in ihren Parteien aktiv zu werden, um diese Kürzungen auf Bund- und Landesebene zu verhindern.

Die dadurch notwendigen Entgelterhöhungen werde die Teilnehmerzahlen reduzieren, da sozial Schwache diese Preise nicht mehr zahlen können. Es sei dem Förderverein der VHS zu verdanken, dass die Lehrgänge für arbeitslose Jugendliche noch durchgeführt werden können.

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, dass die VHS ihre wichtigste Aufgabe, nämlich das Nachholen fehlender Schulabschlüsse und Qualifikationen bei Jugendlichen zu ermöglichen, erfüllen kann. Die Kurse für Bildungsbenachteiligte müssen bezahlbar bleiben. Die herausragende Arbeit der VHS und des Fördervereins werden gewürdigt. Auf Nachfrage von Frau Dr. Weil erklärt Herr Ludwig, dass auf Grund der Bevölkerungszahlen eine 5. Planstelle notwendig sei.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

15 Entgelte für die VHS-Veranstaltungen im Herbstsemester 2003

Herr Kleine bittet darum, zukünftig die alten und die neuen Gebühren parallel darzustellen, damit die Steigerungen klar ersichtlich seien.

Herr Ludwig nennt die Kriterien für die Festlegung der Gebühren: Marktorientierung, Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit. Dank der Verwaltungssoftware könne die Verwaltung prüfen, ob Kurse kostendeckend belegt seien und ggf. Kurse streichen. Die Kosten im Bereich der Schulabschlüsse seien angestiegen, weil die Kopierkosten anteilig auf die Kursteilnehmer umgelegt wurden.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Die Entgelte für das Herbstsemester 2003 werden vom Rat wie vorgelegt beschlossen

16 Jahres- und Lagebericht 2002 der Stadtbücherei

Frau Lenz-Reichwein berichtet über eine erfreuliche Leistungsbilanz der Stadtbücherei: die Umsatzerlöse konnten um 25 % gesteigert werden – dank des großen Angebots an Neuen Medien. Auch die öffentliche Schulbibliothek Paffrath habe eine deutliche Steigerung der Ausleihzahlen erzielen können.

Die personelle und finanzielle Lage der Stadtbücherei sei allerdings sehr schwierig. Sie weist auf den bedrohlichen Substanzverlust des Vermögens aufgrund fehlender Investitionsmittel hin, der u.U. zur Insolvenz führen könne und bald aufgefangen werden müsse. Für die Beschaffung von Kinderliteratur sei sie auf der Suche nach Sponsoren. Der Spieleverleih trage sich selbst, rechne man nur die Sachkosten; der Mietanteil und die Personalkosten könnten jedoch nicht gedeckt werden. Ehrenamtliche Kräfte können für ergänzende Tätigkeiten, nicht jedoch für fachspezifische Daueraufgaben der Bücherei eingesetzt werden, wenn einerseits der Qualitätsstandard erhalten und andererseits die Arbeitslosigkeit von Fachkräften nicht noch erhöht werden solle. Die Einführung von Selbstbedienungsterminals, wie von Herrn Dehler vorgeschlagen, koste viel Geld: alle Medien müssten eine Diebstahlsicherung erhalten; die Kosten für einen Terminal liege etwa bei 20.000 €. Ob es sich betriebswirtschaftlich rechne, mehr Personal einzustellen, um den Umsatz weiter steigern zu können, wie von Herrn Kleine vorgeschlagen, müsse geprüft werden.

Die Fernleihe, über die LeserInnen wissenschaftliche Fachliteratur bei anderen Bibliotheken ausleihen können, habe stark zugenommen, weil die Stadtbücherei selbst immer weniger Bücher und Zeitschriften anschaffen könne.

Frau Dr. Weil betont, dass es nach wie vor eine wesentliche Aufgabe der Stadtbücherei sei, die Lesekompetenz zu fördern.

Herr Schütz hält den Einsatz von 400-Euro-Kräften für hilfreich. Der Einsatz ehrenamtlicher Kräfte dürfe aber keine regulären Arbeitsplätze vernichten und die Zahl der Arbeitslosen noch erhöhen.

Auf Nachfrage von Frau Scheerer erläutert Frau Lenz-Reichwein, dass die Verwaltungsbücherei, die Fachliteratur für die gesamte Verwaltung bereit stelle, aus dem Budget des Fachbereichs 1 finanziert und im Fachbereich 3 untergebracht sei. Die Aufteilung des Budgets werde in der Verwaltungskonferenz beschlossen. die Stadtbücherei übernehme die Beschaffung und das Controlling.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

17 Erhöhung der Ausleihgebühren für die Geräte der Bildstelle ab 01.07.2003

Frau Lenz-Reichwein begründet die Gebührenerhöhung damit, dass möglichst Kostendeckung erreicht werden soll.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Rat stimmt der Erhöhung der Ausleihgebühren für Geräte der Bildstelle der Stadtbücherei Bergisch Gladbach zum 01.07.2003 wie vorgelegt zu.

18 Jahres- und Lagebericht 2002 der städt. Kultureinrichtung "Haus der Musik"

Frau Himmelheber macht auf die vorläufige Natur der vorgelegten Zahlen aufmerksam, da das Haus der Musik als letztes von allen Kultureinrichtungen geprüft worden sei.

Die Frage, ob eine Ausweitung der Kooperation mit anderen Schulen möglich sei, müsse differenziert beantwortet werden. Für die „Offene Ganztagsschule“ planen das *Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport NRW* und das *Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW* Rahmenvereinbarungen über die Finanzierung von Kooperationsprojekten. Zurzeit werden nur innovative Projekte wie „Streicher in Grundschulen“, nicht jedoch allgemeine Musikkurse gefördert. Ein Ausbau der Kooperation mit den übrigen Schulen hänge von der Finanzierung durch Elternbeiträge und der Fortbildung geeigneter Musikschullehrer ab.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

19 Jahres- und Lagebericht 2002 des Stadtarchivs

Herr Dr. Eßer berichtet über das 1. Autorentreffen zur geplanten Stadtgeschichte. Die Anregung von Frau Dr. Weil, eine Subskription des Werkes anzubieten, um die Finanzierung zu sichern, will er auf ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüfen.

Auf Grund des Personalmangels sei es nicht mehr möglich, alle Arbeitsaufträge in vollem Umfang zu erledigen. Es fehle ein ausgebildeter Archivar als Stellvertreter, der innerhalb der Stadtverwaltung nicht zu rekrutieren sei. Ab 2004 sei es allerdings möglich, Inspektoranwärter anzufordern, da das Stadtarchiv inzwischen vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport als Ausbildungsarchiv anerkannt sei.

Frau Böhrs dankt Herrn Dr. Eßer im Namen ihrer Fraktion für seinen Einsatz zur Errichtung einer NS-Gedenkstätte.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

20 Jahres- und Lagebericht 2002 der städt. Einrichtung Kunst- und Kulturbesitz

Herr Dr. Vomm erläutert noch einmal, warum die Rahmenbedingungen für die Museen schon in 2002 sehr schwierig waren. Es fehle an fachlich qualifiziertem Personal, das innerhalb der Stadtverwaltung nicht mehr zur Verfügung stehe. Es müssten zukünftig flexiblere Vertragsformen bei Einstellungen gefunden werden. – Führungen, Besucherservice, Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen werden

schon seit einiger Zeit von nichtstädtischem Personal abgewickelt und aus nichtstädtischen Mitteln finanziert. Wohl konnten trotz der begrenzten Zahl möglicher Sponsoren neue Ressourcen aufgetan werden, doch sei der Preis dafür die Aufgabe der Gestaltungsautonomie: es müsse immer ein Konsens zwischen Sponsoren, Mäzenen, ehrenamtlichen Kräften und Museumsleitung gefunden werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

21 Sonderförderung Kultur: Bergische Literaturwochen

Die Verwaltung informiert den Ausschuss über die bisher in 2003 genehmigten Fördermaßnahmen und empfiehlt, den restlichen Betrag in Höhe von 1.000 € (von insgesamt 6.000 € auf der Hst. 1.300.718,21) der Goethe-Gesellschaft für die Durchführung der „Bergischen Literaturwochen“ zur Verfügung zu stellen.

Frau Böhrs nimmt Bezug auf das an alle Fraktionen versandte Schreiben des AdK und bemängelt, dass dessen Antrag auf Förderung des Projekts „Zwischenraum“ weder in die Beschlussvorlage aufgenommen noch als Tischvorlage verteilt worden sei. Herr Schneeloch beantragt deswegen die Vertagung des TOPs auf die nächste Sitzung.

Die Verwaltung erläutert, dass der Antrag des AdK in Hinblick auf die verwaltungsinternen Fristen und in Hinblick auf den Urlaub der zuständigen Sachbearbeiterin nicht rechtzeitig vorgelegen habe und deswegen auch keine Tischvorlage mehr erstellt werden konnte. Im Übrigen seien viele Projekte des AdK, der sich als ein zuverlässiger Partner in Sachen Kunst gezeigt habe, bereits bezuschusst worden. Die Verwaltung schlägt vor, zukünftig 2 Stichtage jährlich in Abhängigkeit von den jeweiligen Sitzungsterminen dieses Ausschusses festzulegen und bekannt zu machen, bis zu denen Anträge vorliegen müssten, um berücksichtigt werden zu können. Dem wird zugestimmt.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung wird **mehrheitlich** abgelehnt. Sodann fasst der Ausschuss **mehrheitlich** folgenden Beschluss:

Die Goethe-Gesellschaft Bergisch Gladbach e.V. erhält aus dem Fonds „Sonderförderung Kultur“ einen Zuschuss in Höhe von 1.000 € zum Druck von Plakaten bzw. Flyern anlässlich der 2. Bergischen Literaturwochen im Januar 2004 – vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung im Haushalt 2003.

22 Zuschuss für die kirchlichen Büchereien

Herr Dr. Speer erläutert, dass die Verwaltung noch prüfen müsse, ob die „Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der kirchlichen Büchereien“ geändert werden müssen, falls der Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen werde.

Die SPD-Fraktion (Herr Kleine, Herr Schneeloch) beantragt die Vertagung dieses TOPs, da die Richtlinien geändert und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Frau Dr. Weil macht auf die wichtige Stadtteolfunktion der öffentlichen kirchlichen BÜhereien in den bevölkerungsreichen Stadtteilen Refrath und Schildgen aufmerksam, deren Bedeutung für junge Familien mit Kindern auch Frau Koshofer unterstreicht. Sowohl Herr Schütz als auch Herr Kierspel plädieren mit Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip für die Förderung der kirchlichen BÜhereien mit öffentlichen Mitteln, weil die kirchlichen BÜhereien durch das überwiegend ehrenamtlich arbeitende Personal billiger arbeiten können.

Frau Böhrs begründet die Enthaltung der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen damit, dass dieser Zuschuss im Gegensatz zu vielen anderen nicht gekürzt worden sei. Herr Kotulla berichtet, dass auch diese Mittel gekürzt wurden. [Nachrichtlich: von 4.770 € in 2002 auf 3.500 € in 2003 zugunsten der Öffentlichen Schulbibliothek in Paffrath]. Er schlägt vor, zunächst über den Verwaltungsvorschlag abzustimmen. Er bittet um Einverständnis, die gemäß dem Beschluss dieses Ausschusses geänderten Richtlinien direkt dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Abstimmung vorlegen zu dürfen, falls dies rechtlich erforderlich sei. Dem wird zugestimmt.

Der Ausschuss fasst sodann **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU, der FDP und der KIDinitiative gegen die Stimmen der SPD und der Grünen folgenden Beschluss:

Die vier leistungsstärksten BÜhereien Ev. BÜherei/Altenberg-Schildgen, Herz Jesu/Schildgen, St. Marien/Gronau, St. Johann Baptist/Refrath erhalten je einen Zuschuss in Höhe von 700 €. Die drei am Stadtrand liegenden BÜhereien Moitzfeld Herkenrath und Herrenstrunden erhalten einen Zuschuss in Höhe von je 230 €, um den Standort zu stärken.

[Nachrichtlich: Die o.g. Richtlinien von 1977 sind in den letzten Jahren nicht mehr angewandt worden. Stattdessen wurden jeweils Einzelvereinbarungen über die Verteilung der Mittel mit dem Fachausschuss getroffen. Diese Einzelvereinbarungen sollten der Einstieg in eine Vereinbarung zwischen Politik, Verwaltung und den kirchlichen BÜhereien über die zu erreichenden Ziele sein, die eine entsprechende Förderung rechtfertigen.

Angesichts der ungewissen weiteren Entwicklung der städtischen Haushalts- und Finanzlage erscheint auch dieses Mal eine Einzelvereinbarung sinnvoll. Die Formulierung neuer Richtlinien kann, falls von der Politik gewünscht, für die nächsten Jahre vorgenommen werden.]

23 **Trägerschaft der Bürgerzentren**

Die SPD bittet darum, den Fraktionen die Kostenaufstellung zuzuleiten. Dies wird von der Verwaltung zugesichert.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

24 **Theaterbericht 2002 der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH**

Herr Dehler hält die Fortführung des Kinder- und Jugendtheaters für wichtig.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

25 **Ergebnisse aus den erteilten**

Prüfaufträgen der CDU-Fraktion in der Sitzung ABKSS vom 25.02.203

Herr Nagelschmidt erläutert, dass nicht die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umwandlung der Rechtsform der Volkshochschule in eine GmbH gewünscht wurden, sondern die Prüfung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es bittet um erneute Prüfung, ob durch eine Umwandlung in eine GmbH nennenswerte Einsparungen bei den Personalkosten erzielt werden können, und ob eine Umsatzsteuerpflicht für die Kurse entstehe, die sich eventuell nachteilig auswirke.

Herr Kleine hält einen Rechtswechsel eher für unwahrscheinlich, da wegen des bestehenden Haushaltssicherungskonzepts die Kommunalaufsicht einen Rechtswechsel an die Bedingung knüpfe, dass der Betriebskostenzuschuss um mindestens 25 % abgesenkt werde. Außerdem müsse nach dem Landespersonalvertretungsgesetz den Mitarbeitern einige Jahre ein Rückkehrrecht in die Verwaltung zugestanden werden, so dass möglicherweise neue Stellen in der GmbH und in der Verwaltung geschaffen werden müssten.

Auch Herr Kotulla weist auf die strengen Vorschriften über einen Wechsel zur Rechtsform der GmbH hin, dem die Kommunalaufsicht nur zustimmen werde, wenn eindeutig bessere wirtschaftliche Ergebnisse erzielt werden können.

Frau Dr. Weil bedauert für die CDU-Fraktion, dass die Kultureinrichtungen, vor allem die Stadtbücherei, dem Ehrenamt kaum eine Chance geben und bittet die Verwaltung, diese Frage erneut zu überdenken.

Herr Schütz dagegen hält es für den falschen Weg, ehrenamtliche Kräfte für Kernaufgaben einzusetzen, dies produziere zusätzliche Arbeitslose. Er hält den Einsatz von 400-Euro-Verträgen für einen gangbaren Weg, um eine zuverlässige Arbeit zu gewährleisten.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

26 Anträge der Fraktionen

Es werden keine Anträge gestellt.

27 Anfragen der Ausschussmitglieder

- **Frau Scheerer** bittet um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Wird der Kunstrasenplatz auf dem Geländer der ehemaligen Hermann-Löns-Kaserne im Jahr 2003 fertiggestellt? Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich für die Stadt, wenn dieser Kunstrasenplatz nicht gebaut wird?
2. Die Heizkosten für die Schulen sind von 1,7 Mio. € auf 2,2 Mio. € gestiegen und bedeuten eine hohe Belastung des Schuletats. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Heizkosten zu reduzieren?

- **Herr Schneeloch** erkundigt sich nach dem Sachstand des Nießbrauchmodells für die Schulzentren Ahornweg und Herkenrath. Herr Kotulla berichtet, dass die Angebote auf die Ausschreibungen vorliegen und zurzeit nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft werden. Das Ergebnis könne voraussichtlich noch vor der Sommerpause den verschiedenen Gremien vorgestellt werden. Herr Dr.

Miege will dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des ABKSS setzen.

- **Herr Heimann** bezieht sich auf ein Fax des Erzbistums Köln, in dem beklagt wird, dass an 9 Hauptschulen im Rheinisch-Bergischen Kreis ein Mangel an Religionslehrern bestehe und 50 % der SchülerInnen von ausfallendem Religionsunterricht bzw. der Erteilung durch unzureichend qualifizierte LehrerInnen betroffen seien. Er bittet zu prüfen, ob dies auch für die drei Hauptschulen und die übrigen Schulformen in Bergisch Gladbach zutreffe und welche Erkenntnisse es generell über fachspezifischen Lehrermangel an den Schulen in Bergisch Gladbach gebe.
Herr Dr. Miege weist darauf hin, dass beide Kirchen nicht in der Lage seien, den Bedarf an Religionsunterricht zu decken. Im Übrigen sei die Bezirksregierung für die Lehrerversorgung an den Schulen zuständig, nicht die Stadt.
- **Herr Nagelschmidt** möchte wissen, wann die Feuerwehrtreppe (Brandschutzmaßnahme) für die Gemeinschaftsgrundschule Hand geliefert wird.
- **Herr Dehler** weist auf die durchgehende Dreizügigkeit der Gemeinschaftsgrundschule Moitzfeld und die damit verbundene Raumnot hin; eine Erweiterung des Schulgebäudes sei hier notwendig. Die städtische Rahmenplanung habe seinerzeit für den Standort Moitzfeld als Standort für junge Familien vorgesehen; daher müsse auch für eine entsprechende Infrastruktur gesorgt werden.
Herr Pütz informiert, dass am Stichtag 1.1.2003 63 Kinder für die GGS Moitzfeld angemeldet seien. Insgesamt würden 100 Kinder weniger eingeschult. Gegebenenfalls müssten Schulbezirke neu definiert werden und einige Kinder aus Moitzfeld in eine benachbarte Grundschule geschickt werden. Eine bauliche Erweiterung der Grundschule Moitzfeld sei nicht geplant. Herr Kotulla bekräftigt, dass eine solche Erweiterung keinesfalls finanzierbar sei und dies den Eltern vermittelt werden müsse.